

hin zu den volkswirtschaftlichen Kosten (steigende Gesundheitsausgaben/Reduktion des Arbeitskräftepotentials durch Krankheiten).

Internationale Studien legen nahe, dass in Europa zwischen 50% und 60 % der krankheitsbedingten Arbeitsausfälle in der einen oder anderen Form auf Arbeitsstress zurückzuführen sind. Die gesamtwirtschaftlichen Kosten, die sich daraus ergeben, belaufen sich je nach Schätzungen auf 1,5 % bis 4 % des BIP, je nachdem ob neben den direkten medizinischen und betrieblichen Kosten auch noch eine Bewertung des Verlusts an Wertschöpfung und der Einschränkung der Produktivität vorgenommen wird. Wenn darüber hinaus auch noch die verstärkte Fluktuation, Gerichts- und Versicherungskosten, die Kosten des Drogenkonsums und der Gewalt infolge von Stress in die Kalkulationen Eingang finden, können die gesamtwirtschaftlichen Kosten von Stress in der Arbeitswelt 10 % des BIP erreichen, so etwa in Berechnungen für das Vereinigte Königreich.

Neben den Kostenkomponenten im Zusammenhang mit dem Absentismus der Erwerbstätigen gewinnen die Kosten des Präsentismus an Bedeutung. Präsentismus bedeutet, dass Beschäftigte, die trotz gesundheitlicher Probleme am Arbeitsplatz erscheinen, aufgrund ihrer Beschwerden nicht so produktiv sein können wie bei voller Gesundheit. Internationale Berechnungen kommen zu dem Schluss, dass die Kosten des Präsentismus höher sind als die des Absentismus.

Berechnungen für Österreich legen nahe, dass psychische Belastungen am Arbeitsplatz mit ähnlich hohen gesamtwirtschaftlichen Kosten verbunden sind wie physische Arbeitsbelastungen. Zwar ist die Wahrscheinlichkeit infolge von Arbeitsstress krank zu werden, geringer als bei physischen Belastungen, jedoch ist die durchschnittliche Dauer der psychischen Krankenstände erheblich höher als jene mit körperlichen Diagnosen. Zudem kann von erheblichen Kosten des Präsentismus ausgegangen werden. In Summe sind die gesamtwirtschaftlichen Kosten der psychischen Belastungen infolge der medizinischen und betrieblichen Kosten für das Jahr 2009 mit etwa 1,2 % des BIP oder 3,3 Mrd. € anzusetzen.

Handlungspolitische Schlussfolgerungen

Angesichts der Zunahme psychischer Arbeitsbelastungen mit den damit verbundenen Kostensteigerungen und Einschränkungen der Lebensqualität ist ein Bewusstsein für die Notwendigkeit koordinierter Gesundheits-, Beschäftigungs-, Familien- und Sozialpolitik zu entwickeln.

Diese Koordination hat zum Ziel, die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern sowie adäquate Maßnahmen zur Eindämmung der Belastungen zu entwickeln. Dabei kommt der Gesundheitsförderung eine große Bedeutung zu, wobei dem gesundheitsbewussten Verhalten ebenso Aufmerksamkeit zu schenken ist wie dem Abbau von Stress im Arbeits- und Lebensumfeld.

Weiters sind Maßnahmen zu setzen, die deutlich über die Verbesserung des Arbeitsschutzes hinausgehen und Präventionsmaßnahmen mit dem Ziel der Verringerung der arbeitsbedingten Gesundheitsrisiken mit einbeziehen.

Um die Wirkungsweise von Maßnahmen sichtbar zu machen ist es notwendig, ein Daten- und Indikatorensystem im Einklang mit internationalen Entwicklungen aufzubauen, das relevante Aussagen über Krankheitsauslöser, ihre Prävalenz und die damit verbundenen Kosten machen kann.

Der Arbeitsplatz ist geeignet, Belastungen ebenso wie das damit verbundene Gesundheitsrisiko zu messen. Erst mit der Transparenz dieser Strukturen und Mechanismen können Problemlösungen entwickelt und umgesetzt werden und im Anschluss auf ihre Effektivität und Effizienz getestet werden.